

Solidarisches Arbeiten oder Gerechter Lohn

Unternehmer, Arbeitnehmer, Staatsbetriebe oder Leistungsempfänger

Ein Versuch der Beschreibung der Situation und Aufzeigen von Lösungsansätzen

November 2008

Friedrich Müller

Phrasen einiger in gesellschaftlichen Organisationen beheimateter Wortführer

Gerechter Lohn für ordentliche Arbeit

Arbeit muss sich lohnen

Mindestlohn

Eigenkapitalrendite

Subventionen

Gleicher Lohn für Alle

Mitbestimmung

Der Betrieb in dem ich arbeite und da wo ich wohne, da muss ich mitentscheiden dürfen

Privatbanken oder Staatsbanken oder Banken mit staatlicher Beteiligung

Beteiligungen an Betrieben von juristischen Personen

Grundeinkommen

Das Boot ist voll

Deutschland 2008

Bis zur Jahreshälfte erwirtschaften die DAX-Unternehmen überdurchschnittliche Gewinne, deren Manager verteilen sich extrem hohe Gehälter und Boni.

Weiterhin leben Millionen Menschen von Unterstützungen des Staates. Arbeitnehmer, die arbeitslos werden und nicht mehr vermittelbar sind zehren gezwungenermaßen ihre Lebensleistung auf ehe ihnen solidarisch (inquisitorisch) geholfen wird. Täglich fallen Arbeitsplätze weg weil sie durch Maschinen ersetzt werden. Ganze Berufszweige entfallen. Hier trifft es in erster Linie die einfachen Arbeiten.

Bisher einfach erlernbare Berufe werden durch Verordnungen so verändert, dass sie nur noch mit höherer Bildung oder Ausbildung ausgeführt werden können. Menschen, denen die derzeitige, allein die Geisteswissenschaften fördernde, Schule keinen Bildungsabschluss gewährt, fallen völlig durch das Raster.

Verwaltungen und öffentliche Arbeitgeber werden als *wirtschaftlich* und somit für die Allgemeinheit als *vorteilhaft* bezeichnet, wenn sie Arbeitsplätze einsparen. Eine volkswirtschaftliche Betrachtung, die alle Kosten miteinander vergleicht unterbleibt völlig.

Unternehmen, privat oder öffentlich, deren Mitarbeiter Verluste erwirtschaften werden zunehmend durch Subventionen gestützt. Die Wettbewerbsverzerrungen führen zu Pleiten und Entlassungen an anderer Stelle.

Eine Verkettung von Subventionszwängen setzt ein und der sogenannte Markt wird völlig unübersichtlich.

Manager von Unternehmen, die Subventionen ablehnen werden öffentlich verketzert statt dafür gefeiert zu werden, dass sie ihren Laden gewinnbringend führen.

Aktuell ist die sogenannte Bankenkrise. Die Staatsbanken bzw. Landesbanken, die in den vergangenen Jahren immer zum Landeshaushalt beitrugen, haben das ihnen treuhändlerisch anvertraute Geld der Bürger verzockt. Nun wird den Verantwortlichen nicht der Prozess gemacht auch werden die Verantwortlichen nicht zur Wiedergutmachung verpflichtet.

Wieder wird das Geld der Bürger genommen um die Unternehmen und deren kriminell arbeitende Mitarbeiter weiterwursteln zu lassen. Veruntreuung auch nur kleiner Summen ist bei kleinen Leuten ein Delikt, das mindestens mit einer Vorstrafe endet. Aber leider nur bei kleinen Leuten.

Merkwürdiger Weise ist die Börse bereits vor der ersten Inanspruchnahme eines „Rettungspaketes“ zur Tagesordnung übergegangen.

Die sogenannte Globalisierung sei an allem Schuld. Nicht der nahende Wahltermin; nicht die Befriedigung von staatsnahen Großbetrieben und nicht die Versorgung mit Schreibtischarbeitsplätzen für abgehalfterte Politiker.

Wenn die Globalisierung Schuld sein sollte, ist die Lösung der anstehenden Fragen bei der Verteilung von Arbeit und deren Früchte die wichtigste Frage des noch jungen Jahrhunderts. Wo sind die Arbeitsplätze besonders sicher? Wer entlässt seine Mitarbeiter bei Verlust von Gewinnzuwachsen als erstes? Was sind die wichtigsten Fragen für Gewerkschaft oder Betriebsräte?

Die Globalisierung braucht „Global Player“, braucht Großbetriebe. Betriebe, die nicht nur den heimischen Markt befriedigen sondern auch den Markt der ganzen Welt. Wenn also der Absatz in irgendeinem Flecken der Welt wegbricht, werden bei uns die Arbeitnehmer entlassen. Einen Einfluss auf das Betriebsergebnis haben die Arbeitnehmer somit nicht.

Ist das wirklich die Arbeitswelt, die für die Menschen da ist? Oder ist das nur gut für das Kapital?

Spätestens hier muss über die Notwendigkeit von Arbeit, nachgedacht werden.

Zwischen der Welt mit Überversorgung und automatisierten Dienstleistungen (Japan, USA) und der bloßen Rettung der Lebensgrundlage (weite Teile von Afrika und Asien), zwischen Wegwerfgesellschaft und Ablaufdaten bei Lebensmitteln und der Hungersnot in weiten Teilen auf unserem Globus ist die ganze Vielfalt menschlicher Not vorhanden.

Arbeit ist ein Menschenrecht

Arbeit sollte die Grundlage zum Erhalt der Lebensgrundlage und zum Erhalt der Würde des Menschen sein. Gemeinsames Arbeiten führt zur verantwortlichen Position in der Gesellschaft.

Was ist aber nun Arbeit?

Ist es Arbeit, wenn ich mein Kind erziehe?

Ist es Arbeit, wenn ich meiner Großmutter vorlese?

Ist es Arbeit, wenn ich anderen Menschen diene?

Ist es Arbeit, wenn ich die Schulbank drücke?

Ist es Arbeit wenn ich die Werkbank benutze?

Ist es Arbeit, wenn ich den Computer benutze?

Ist es Arbeit, wenn ich meine Mitmenschen informiere?

Ist es Arbeit, wenn ich die Natur beobachte?

Arbeit ist alles was zur körperlichen und geistigen Nahrung unserer Mitmenschen beiträgt.

Wie sollte Arbeit verteilt sein?

Jedem Menschen sollte das Recht zustehen über das **Wie** und **Was** in **seinem Betrieb** mit zu entscheiden.

In seinem Betrieb

Das bedeutet Miteigentum an dem Betrieb. Also einen über die Arbeit erworbenen Anteil an dem Betrieb. Nicht „Volkseigentum“ wie man vorschnell denken könnte sondern direktes, bezifferbares Eigentum am Betrieb in dem man arbeitet. Mit einer fest definierten Eigenkapitalverzinsung von x-Prozent und einem **gleichen Anteil am Betriebsergebnis** für alle Arbeitnehmer, der aufgewendeten Zeit entsprechend.

Betriebsfremde Kapitaleigner sind von allen Entscheidungen ausgeschlossen. (Stille Teilhaber).

Wie in einem Betrieb gearbeitet wird entscheidet ausschließlich die gesamte Belegschaft. Da alle gleichermaßen am Erfolg der Arbeit beteiligt sind, ist zu erwarten, dass gesellschaftlich sinnvolle Entscheidungen getroffen werden. Auseinandersetzungen über mehr Lohn sind dann völlig überflüssig und führen nicht automatisch zur Verteilung der Lohnsumme auf weniger Mitarbeiter wie zurzeit. BMW, Postbank, Siemens u.s.w.

Was in einem Betrieb produziert wird entscheidet ebenfalls die gesamte Belegschaft. Hier ist es also notwendig eine offene Informationspflicht zwischen Betriebsleitung und den Menschen in der Produktion zu üben. Das Wissen der Vielen wird auch hier zu vernünftigen Entscheidungen führen. Die Herstellung von Waffen zum Export wird sich schwer durchsetzen lassen bei der täglichen Darstellung von deren Anwendung in entlegenen Erdteilen. Waffen kaufen nichts und dienen auch nicht zum Aufbau einer Gesellschaft höherer Ebene. Bestenfalls zur Abschreckung und Abgrenzung also zum Erhalt der gegenwärtigen Wohlstandsverteilung. Wollen wir das? Mit dem rassistischem Argument. „Das Boot ist voll“ kann man auf Waffen nicht verzichten.

Diese einschneidenden betrieblichen Änderungen sind einer Übergangszeit unterworfen. In dieser Zeit sind die bestehenden Betriebe durch die Ausgabe von Anteilsscheinen an die Mitarbeiter umzustrukturieren bzw. neue Betriebe sind ausschließlich mit dieser Besitzstruktur zu gründen. Ein Vorbild für Neugründungen könnte hier die Genossenschaft sein.

Subventionen, also Hilfen vom Staat, werden nur noch als zu verzinsendes Eigenkapital in Betriebe gegeben, deren gesellschaftliche Notwendigkeit politisch gewollt ist.

Wie bereits in unserem Vortrag „Grundeinkommen“ dargestellt, ist es notwendig über eine gerechtere Struktur der Steuereinnahmen nachzudenken. Die völlige Trennung der staatlichen Einnahmen und der staatlich verordneten Abgaben von den Lohnsummen der Betriebe und vom Verbrauch der Bürger ist die Grundlage gerechter Belastungen. Also Steuern nur auf Erträge und nicht auf Verbrauch. Abgaben müssen völlig entfallen.